

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN GOLFSTAATEN, EINSCHLIESSLICH JEMEN

8. Interparlamentarisches Treffen Europäisches Parlament/Saudi-Arabien

7.-13. Februar 2005

Berichtsentwurf von Frau Lilli Gruber, Vorsitzende der Delegation

1. Einführung

Nach dem Besuch einer Delegation der Majlis Al Shura im Dezember 2004 in Straßburg konnte ein Gegenbesuch der Delegation für die Golfstaaten, einschließlich Yemen für die zweite Woche im Februar 2005 organisiert werden. Der Anlass waren die ersten in der Geschichte Saudi Arabiens stattgefundenen Gemeindewahlen, die am 10.2. 2005 in Riyadh begannen und im Laufe des Frühjahres an weiteren Orten stattfinden.

Die Gespräche fanden in einer offenen Atmosphäre statt, von dem Wunsch geprägt, den Dialog zwischen beiden Seiten zu intensivieren, um gegenseitige Vorurteile abzubauen.

2. Treffen mit Mitgliedern der Majlis Al Shura (MAS)

Die MAS ist eine aus 120 Mitgliedern bestehende beratende Versammlung, die vom König ernannt wird. Bei den Gesprächen, an dem mehrere Abgeordnete aus unterschiedlichen Ausschüssen teilnahmen, ging es um folgende Themen:

- Teilnahme von Frauen am politischen Leben

Die Vorsitzende der EP-Delegation zitierte eine Zeitungsmeldung vom heutigen Tage, nach der der Vorsitzende der Majlis Al Shura die Möglichkeit erwähnt hatte, Frauen die Teilnahme als Mitglieder dieser Versammlung in Erwägung zu ziehen. (Diese Nachricht hatte die Mitglieder der MAS offensichtlich überrascht, sie waren darüber nicht informiert.)

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag waren unterschiedlich: von einem Beibehalten des Status quo, nach dem jetzt schon Frauen von der MAS eingeladen würden, um wichtige, sie betreffende Fragen zu diskutieren bis zur Akzeptanz, soweit dies mit religiösen Ansprüchen übereinstimme und von der Bevölkerung positiv aufgenommen würde.

Auf das von EP-Seite vorgebrachte Argument, dass solange nicht von einer Demokratie gesprochen werden könne, solange die Mehrheit der Gesellschaft an der Ausübung des Wahlrechts, wie auch jetzt bei den Gemeindewahlen, gehindert würde, wurde eingewendet, dass Saudi-Arabien (S.A.) seinen eigenen Weg zu demokratischen Strukturen finden müsse, die nicht notwendigerweise mit denen der westlichen Gesellschaft übereinstimmen.

- **Sicherheitsfragen in S.A.**
Die saudische Seite betonte, dass es bis vor einiger Zeit Probleme auf diesem Gebiet gegeben habe; ein Bericht sei verfasst worden mit konkreten Vorschlägen. Nun sei die Situation normal, die Wirtschaft und die Börse zeigten positive Tendenzen, dies sei ein Indiz für die stabile Lage.
- **Terrorismus**
Von EP-Seite wurde auf die Rolle eines extremistischen Islam hingewiesen, der in Europa mittels Internet propagiert werde und möglicherweise zu dem Attentat gegen den holländischen Filmemacher van Gogh geführt habe. Auch die Rolle des Wahabismus in Bosnien wurde in diesem Zusammenhang kritisch erwähnt.
Von saudischer Seite wurde zunächst darauf hingewiesen, dass es sich bei dem in S.A. weithin befolgten Wahabismus um eine religiöse Bewegung gehandelt habe, die Auswüchse des Islam korrigieren wollte. Darüber hinaus sollten keine Informationen aus dem Internet genommen werden. Terrorismus und Islam schlossen sich aus: die, die im Namen des Islam Verbrechen begingen, sollten dafür belangt werden. Die saudische Gesellschaft leide selber unter dem Terror; aus welchem Grund solle sie den Terrorismus propagieren? Vielmehr müssten die Ursachen, die zum Terrorismus führten, bekämpft werden, unterstrich die saudische Seite.
- **Menschenrechte**
Eine der möglichen Quellen für den Terrorismus sei das Verweigern der Redefreiheit, wurde von EP-Seite vorgebracht. Ein anschauliches Beispiel sei die Verhaftung von drei Saudis, die eine Petition zwecks Einführung der konstitutionellen Monarchie eingereicht hätten. Von saudischer Seite wurde darauf hingewiesen, dass der Prozess in Anwesenheit eines Anwalts und Internationaler Organisationen stattgefunden habe.
- **Religionsfreiheit**
Von EP-Seite wurde auf den Grundsatz der Reziprozität bei der Ausübung der Religionsfreiheit hingewiesen: so, wie Moscheen in Europa erlaubt seien, müssten auch Kirchen in S.A. zugelassen werden.
Eingehend auf die Situation in Frankreich wurde klargestellt, dass es eine klare Trennung von Staat und Religion gebe und das Gesetz, das im Jahre 2004 zum Zwecke des Verbots des Tragens von religiösen Symbolen erlassen wurde, nicht gegen den Islam gerichtet sei, sondern alle Religionen betreffe.

3. Treffen mit Seiner Königlichen Hoheit Kronprinz Abdullah

Die Delegation hatte eine Audienz bei Kronprinz Abdullah. Dieser Besuch dauerte länger als vorgesehen, es kamen wichtige Angelegenheiten zur Sprache:

Zunächst würdigte der Kronprinz die wichtigen Beziehungen, die nun schon seit mehr als 60 Jahren zwischen Europa und Saudi-Arabien bestehen. Europa genieße in der arabischen Welt hohes Ansehen, es könnte jedoch in dem Dialog zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Religionen und bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus stärker in Erscheinung treten.

Die EU und Saudi-Arabien sollten bei den Bemühungen um eine Lösung des Nahostkonflikts wirksamer zusammenarbeiten.

Auf die Rolle der Frauen in seiner Gesellschaft eingehend, erklärte Seine Königliche Hoheit Kronprinz Abdullah, dass die Frauen in Saudi-Arabien mehr Rechte genießen würden als in anderen Gesellschaften, was auf den Einfluss der islamischen Religion zurückzuführen sei. Das Frauenwahlrecht oder ihr Recht, Auto zu fahren, sei weniger wichtig, als ihnen eine gute Bildung auf der Grundlage des Koran zu vermitteln.

Zu den demokratischen Strukturen in seinem Land verwies er auf die Geschichte Europas, wo es 200 Jahre gedauert hätte, Demokratie herzustellen. Saudi-Arabien habe in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits eine Menge erreicht.

Ein Delegationsmitglied dankte dem Kronprinzen dafür, dass er den europäischen Muslimen die Teilnahme am Hadsch erleichtert habe. Hierauf entgegnete der Kronprinz, in seinem Land seien alle in Europa lebenden Muslime willkommen, wenn sie die Heiligen Stätten besuchen möchten.

Die Vorsitzende der Delegation erklärte nachdrücklich, dass es für eine demokratische Gesellschaft unannehmbar sei, wenn Frauen an der Teilnahme an Wahlen gehindert werden, und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass bei den nächsten Wahlen alle Mitglieder der saudi-arabischen Gesellschaft an die Wahlurnen treten können.

4. Treffen mit der Vereinigung saudischer Journalisten

Auf die Frage von Seiten der EP-Delegation nach den vielen Sicherheitsvorrichtungen in Riyadh, auch vor dem Gebäude des Journalistenverbandes, wurde darauf hingewiesen, dass im Gegensatz zu früher, wo vor allem ausländische Einrichtungen Ziele von Attentaten waren, nunmehr auch saudische Gebäude geschützt werden müssten: „Sie (die Terroristen) wollen uns alle zerstören“.

Die Entwicklung der Presse in S.A. wurde zunächst mit Hilfe des Staates finanziert, inzwischen finanziert sich die Presse von selbst.

Der Verwaltungsrat setze sich zusammen aus frei gewählten Journalisten, unter ihnen zwei Frauen. Insgesamt arbeiteten 500 bis 600 Journalisten in S.A., wobei der Anteil von Frauen bei ca. 100 liege.

Die saudische Seite betonte, das neue Informationsgesetz sehe vor, dass eine Lizenz ausgestellt werden müsse, die aber ohne größere Schwierigkeiten erteilt würde. Veröffentlicht werden könne alles, solange das Königshaus und die Religion nicht kritisiert würden und die Integrität des Landes nicht in Frage gestellt würde. Im übrigen würde die journalistische Tätigkeit von deontologischen Kriterien geleitet. Vermieden werden müssten auf jeden Fall Artikel, die zu Auseinandersetzungen in der Gesellschaft führen könnten.

Der 11. September, bei dem 15 der 19 Attentäter Saudis gewesen seien, habe nach Aussage der saudischen Seite insofern auch etwas positives gehabt, als er der Gesellschaft die Augen geöffnet habe und sie sich auf eine Entwicklung zu bewegt, die zu mehr Rechten für die Frauen führen könne.

5. Treffen mit dem Generalsekretär des King Abdul Aziz Zentrums für den Nationalen Dialog

Diese seit 15 Monaten bestehende Einrichtung, deren Vorarbeiten allerdings schon zwei Jahre vor dem 11. September begonnen hatten, hat inzwischen fünf nationale Dialoge organisiert.

In dem ersten Dialog, an dem vor allem Intellektuelle und Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten, unter ihnen Religionsgelehrte teilgenommen hatten, traten die verschiedenen Anschauungen zu den gestellten Fragen und Problemkreisen zu Tage, allerdings auch Gemeinsamkeiten.

An dem zweiten Dialog, an dem Konservative, Liberale und, in separaten Räumen auch Frauen, teilgenommen haben, ging es um die Fragen, inwieweit ein gemäßiger Islam propagiert und extreme Ideen bekämpft werden könnten. Außerdem wurden Frauen spezifische Fragen diskutiert, wie die Fahrberechtigung für Frauen und die Durchsetzung ihrer Rechte in Prozessen. Im Anschluss daran wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, die konkrete Vorschläge gemacht haben und die zu gesetzlichen Maßnahmen führen werden. Dabei wurde nach dem Mehrheitsprinzip verfahren, Mindermeinungen würden jedoch in den Bericht mit aufgenommen.

Weitere Dialoge befassten sich mit Fragen, die die Jugend betreffen und mit Drogenproblemen.

Diese Treffen, außer dem ersten, seien für die Öffentlichkeit zugänglich gewesen.

Generell würde die Aufgabe dieser Organisation darin gesehen, die Gesellschaft zu informieren, so dass sie sich untereinander besser versteht, da sie, wie sich der Vorsitzende ausdrückte, auf verschiedenen Inseln lebe; letztlich sollte zu Reformen angeleitet werden. Dabei müsse allerdings berücksichtigt werden, dass es sich bei der Gesellschaft um eine konservative handle, die von den nach Mekka reisenden sechs Millionen Pilgern im Jahr aufmerksam betrachtet werde.

Ein Ergebnis der Treffen sei es, Dialoge zu führen. 200 Interessierte würden jetzt geschult, um draußen im Lande die Dialogbereitschaft zu fördern. Das Thema des nächsten Dialogs lautet: "Wir und die Anderen".

Zurzeit würden an diesen Programmen nur Einzelpersonen teilnehmen, später, sobald Nichtregierungsorganisationen sich etabliert hätten, sollten auch diese einbezogen werden. Dabei müsse jedoch Wert darauf gelegt werden, dass es sich bei der saudischen Gesellschaft um eine islamische handle, auf die das westliche Modell mit seiner Parteienvielfalt nicht übertragbar sei.

Auf die Situation der Gastarbeiter angesprochen, wurde die Delegation dahingehend informiert, dass diese einen alle zwei Jahre zu verlängernden Vertrag erhielten. Diejenigen, die länger als 10 Jahre in S.A. lebten hätten die Möglichkeit, die saudische Nationalität zu erhalten.

6. Privates Treffen mit Frauen

Auf Initiative des italienischen Botschafters war in einem Privathaus ein Treffen organisiert worden, bei dem die Mitglieder der Delegation die Möglichkeit hatten, Frage an Frauen und Männer gemeinsam zu stellen (Frauen und Männer treten bei offiziellen Anlässen in der Gesellschaft nicht zusammen auf).

Größtenteils wurde die Auffassung vertreten, dass Reformen, soweit sie überhaupt angegangen würden, zu langsam umgesetzt würden. Die Religion würde immer als ein Vorwand für die herrschende Klasse benutzt, nicht zu schnell voranzugehen. In der Tat würde das Land von einer religiösen Klasse kontrolliert. Dabei seien die Frauen gut ausgebildet, eine Veränderung ihres Statuts durchaus möglich. Der Unterschied zwischen dem technischen Fortschritt und dem Erziehungs- und Rechtssystem wurde allgemein beklagt.

7. Die Gemeindewahlen in Riyadh

Am Vorabend der Wahlen hatte die Delegation die Möglichkeit, Wahlzelte von Kandidaten aufzusuchen und sich über die Vorbereitung der Wahlen zu informieren.

Am Wahltag selbst besuchte die Delegation drei von der saudischen Seite ausgesuchte Wahllokale, sprach mit Wahlhelfern und war beeindruckt von der Organisation, die mit Hilfe der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit vorbereitet worden waren.

Von den insgesamt 150 000 registrierten männlichen Wählern - Frauen waren zu den Wahlen nicht zugelassen - gaben 82 % ihre Stimmen ab. Gewählt wurden 7 der insgesamt 14 Gemeinderäte. Die restlichen 7 werden von dem König ernannt.

8. Treffen mit Vertretern der Handelskammer in Jeddah

Das Gespräch war gekennzeichnet von einem auf beiden Seiten geführten offenen Dialog, bei dem die Rolle der Parlamentarier als Brücke für den Dialog herausgestellt wurde. Im einzelnen wurden folgende Themen diskutiert:

- Die Sicherheitslage
Wie angespannt die Sicherheitslage sei, zeige die Tatsache, dass die europäischen Fluggesellschaften entweder ihre Flüge nach S.A. ausgesetzt hätten, wie z.B. British Airways, oder ihre Flugzeuge bzw. ihre Crews nicht über Nacht in S.A. beließen. So fliege Lufthansa weiter nach Äthiopien/Eritrea, Air France nach Ägypten und Swiss ließe ihre Crews nach Bahrain ausfliegen.

- Die Wahlen

Die Ergebnisse der in Riyadh stattgefundenen Wahlen seien weniger interessant als vielmehr die Tatsache, dass sie überhaupt stattgefunden hätten. Wichtig sei nun, dass es nun auch den Frauen ermöglicht werde, an den Wahlen in Zukunft teilzunehmen.

- Die Situation der Geschäftsfrauen

Frauen, die ein Geschäft eröffnen wollten, trafen auf viele Hindernisse: beginnend mit der Erlaubnis von Regierungsseite, Eröffnung eines Kontos bis hin zur täglichen Abwicklung des Geschäfts. Generell sei der Prozentsatz der Frauen, die an der

Geschäftswelt teilnehmen, gering, dies sei auch auf die mangelnde Ausbildung der Frau für eine derartige Tätigkeit zurückzuführen.

- Der Unterschied zwischen S.A. und der EU

Die Frage wurde von saudischer Seite gestellt, wie viele Jahre bzw. Jahrhunderte der Westen gebraucht habe, um dort hinzukommen, wo er heute steht. Deshalb solle der Westen geduldig sein mit der Entwicklung in S.A. und vor allem nicht Modelle der saudischen Gesellschaft aufzwingen, die hinterher von dieser Gesellschaft zurückgewiesen würden. Reformen, ob diese nun das politische System, die Religion oder die Menschenrechte betreffen, müssten von der saudischen Gesellschaft kommen. Zu diesem Zweck sei der Dialog zwischen den Kulturen so notwendig und der gegenseitige Besuch von Delegationen wünschenswert. Als beispielhaft könnte die Herangehensweise der kanadischen Delegationen bezeichnet werden: sie stellten die Frage, inwieweit die Beziehungen zwischen S.A. und Kanada verbessert werden könnten und nicht die Fragen nach Demokratie, Menschenrechten und Religion.

- Die künftigen Beziehungen

Das in der westlichen Presse veröffentlichte Erscheinungsbild S.-A. als einen den Terrorismus fördernden Staat sei falsch und müsse korrigiert werden. Die EU und S.A. müssten gemeinsam daran arbeiten. Dies könne u. a. dadurch geschehen, dass Austauschprogramme für Studenten und Journalisten realisiert würden, wie auch von der Vorsitzenden der EP-Delegation im Vorfeld des Besuches angeregt worden war. Auf wirtschaftlichem Gebiet sei es wünschenswert, eine in dem Delegationsbüro der Kommission zuständige Anlaufstelle einzurichten, nach malaysischem und japanischem Vorbild. In diesem Zusammenhang sei es für beide Seiten wichtig, die Verhandlungen zwischen dem Golf Cooperation Council und der EU möglichst schnell zum Abschluss zu bringen.

9. Treffen mit Journalisten der „Arab News“

Die „Arab News“, eine in englischer Sprache erscheinende Tageszeitung, die außer in S.-A. vor allem in Bahrain, Qatar und Kuwait gelesen wird, befindet sich im Privatbesitz und beschäftigt 45 männliche und weibliche Mitarbeiter, die nicht nach Geschlechtern getrennt, wie sonst in S.A. üblich, arbeiten. Die Zeitung ist vor allem konzipiert für „Expatriots“, die meisten Saudis informieren sich „online“. Die Auflage beträgt 53 000, während des Irakkrieges hatte die Zeitung 3,7 Millionen Leser, die sich über das Internet informierten. 26 % der Leserschaft sind Saudis, 41 % sind Frauen.

Die Zeitung wurde anfangs von der Regierung finanziell unterstützt, inzwischen finanziert sie sich selbständig über Annoncen privater Firmen. Sie wurde als selbständig bezeichnet, ohne Einflussnahme weder von der Eigentümerseite noch von der Regierung. Die Journalisten arbeiten frei, Verfolgungen wie etwa in Syrien hätte es in S.A. nie gegeben. Die einzige Schranke bestände in der Darstellung von religiösen Themen und der Diffamierung von Persönlichkeiten. Die Darstellung von Frauen interessierende Fragen sei deshalb so schwierig, weil diese Themen von den Frauen selbst aufgegriffen werden

müssten, was leider nicht der Fall sei. Vielleicht hänge dies mit einer eventuellen Einschüchterung der Frauen zusammen.

Auf die versicherungsrechtliche Situation der ausländischen Arbeitnehmer angesprochen, wurde die Delegation darüber informiert, dass mehr als 70 %, die für Regierungsstellen und Firmen arbeiteten, versichert seien. Für den verbliebenen Rest gebe es nun eine Initiative des verantwortlichen Ministers mit dem Ziel, Pflichtversicherungen auch im privaten Sektor einzuführen.

Die Presse betrachte sich inzwischen als vierte Macht im Staate; Themen würden inzwischen diskutiert, die bisher tabu gewesen seien, wie die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Ein Austausch von Journalisten würde generell begrüßt unter der Voraussetzung, dass die westlichen Vorstellungen den Saudis nicht aufoktroiert würden.

Schlussbemerkung

Der Besuch der Delegation in Riyadh und in Jeddah kann als ein voller Erfolg bezeichnet werden. Die von EP-Seite gewünschten Treffen wurden von der Majlis Al Shura trotz der fast gleichzeitig stattgefundenen Konferenz gegen den Terrorismus hervorragend organisiert. Die ermöglichte Teilnahme an den Gemeindewahlen in Riyadh war sehr interessant; die Delegation war beeindruckt von der Organisation und dem ruhigen Verlauf der Wahlen. Der Delegation wurde eine Audienz beim Kronprinzen Abdullah ermöglicht, bei der es um Fragen des Wahlrechtes für Frauen, die Beziehungen zwischen der EU und S.A. und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus ging. Im Verlauf des Gesprächs hatte die Vorsitzende der EP-Delegation die Möglichkeit, dem Kronprinzen einen Brief des Präsidenten des EP an den Kronprinzen zu überreichen.

Kritisch anzumerken ist, dass eine von der Delegation organisierte Pressekonferenz wegen fehlender Präsenz von Journalisten abgesagt werden musste.(s. das beigefügte Kommuniqué). Dies war vermutlich darauf zurückzuführen, dass eine erforderliche Genehmigung des Innenministeriums zur Abhaltung der Konferenz nicht vorlag. Ein weiterer Kritikpunkt ist der, dass von einer freien Presse, wie sie in der EU existiert, in S.A. nicht die Rede sein kann. Die Delegation schlägt daher zwecks Förderung eines Dialogs zwischen beiden Seiten vor, ein Programm zum Austausch von Journalisten und Studenten ins Leben zu rufen.. Weiterhin sollte der Stellenplan im Büro der Delegation der Kommission in Riyadh den wachsenden Bedürfnissen angepasst werden.

Das Pressecommuniqué ist dem Bericht beigefügt.

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE GULF STATES (INCLUDING YEMEN)

8th Interparliamentary Meeting EP/Saudi Arabia

7-11 February 2005

PROGRAMME

SAUDI ARABIA (7-12 February 2005)

Monday 7 February (Riyadh)

Individual arrival of members of the delegation in Riyadh and transfer to

Hotel

*Holiday Inn Olaya, Riyadh,
Tel : 966 1 461 2000*

20h00 briefing with Protocol and EU Ambassador - Mr Bernard SAVAGE

Tuesday 8 February (Riyadh)

09h30 Joint meeting with members of the Shoura Council, Committees of Social Affairs, Foreign Affairs, Human Rights and Culture, Information and Youth

16h00 Courtesy call on HRH Crown Prince Abdullah

17h30 Visit to Nahda Association for women

20h00 visit to campaign tents of candidates for local elections

Wednesday 9 February (Riyadh)

10h30 meeting with the President of the Saudi Journalist's association

11h15 meeting with EU ambassadors at Dutch embassy

12h00 meeting with the Secretary General of the national dialogue

16h00 visit to King Abdel Aziz Historical Centre

18h00 meeting with Prince Abdallah Ben Turki

Thursday 10 February

- 10h30 visit to various polling stations
- 16h00 press point - hotel Holiday Inn Olaya
- 20h00 reception at Dutch embassy

Friday 11 February

- 11h00 flight SV 1027 from Riyadh
- 12h40 arrival Jeddah
Hotel
Conference Palace, Jeddah
Tel : 966-2-661 2222
- 16h00 tour of old and new Jeddah
- 20h30 dinner hosted by Mr Fahed Almugairin

Saturday 12 February

- 10h00 meeting with the Chairman of the Chamber of Commerce and businessmen and women
- 13h30 lunch
- 15h00 meeting with Editor-in-Chief Mr Khaled Al-Maeena, Arab News and journalists
- 18h00 meeting with Prince Mohammed Ben Faisal
- 20h30 dinner hosted by Mr Ghassan ALSulaiman, Vice-Chairman of the Jeddah Chamber of Commerce

Sunday 13 February

individual departures of members to Europe

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH GULF STATES (INCLUDING YEMEN)

8th Interparliamentary Meeting EP/Saudi Arabia

7-13 February 2005

Members (8)

	<u>Group</u>	<u>Country</u>
Ms Lilli GRUBER, Chair	PES	Italy
Mr Thomas PFLUEGER, 1st vice-chair	GUE	Germany
Mr John ATTARD-MONTALTO	PES	Malta
Mr Sajjad Haider KARIM	ALDE	United Kingdom
Mr Joost LAGENDIJK	Verts/Ale	The Netherlands
Mr Patrick LOUIS	IND-DEM	France
Mr John PURVIS	EPP-ED	United Kingdom
Ms Marie-Line REYNAUD	PES	France

PPE-DE	Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats
PSE	Group of the Party of European Socialists
ALDE	Group of the Alliance of Democrats and Liberals of Europe
Verts/ALE	Group of the Greens/European Free Alliance
GUE/NGL	Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left
IND/DEM	Independence and Democracy Group

DG III Staff (2)

Mr Hans-Hermann KRAUS	Administrator
Ms Morag DONALDSON	Administrative Assistant

Political group staff (1)

Mr Ton BEUMER	Advisor, PES group
---------------	--------------------

Interpreters (4)

Mr Laurent BERNHARD	French-English
Mme Melpomeni KONSTANTINIDI	French-Arabic-French
Mme Mouna MRAD	English-Arabic-English
Mr Mounir EL-KHUDRI	Arabic-English-Arabic